



Die Panama Papers haben Schlagzeilen gemacht: Mit ihnen wurde der ungeheuerliche Umfang der Vertuschung deutlich, die das von Attac seit Jahren kritisierte Zweiklassensteuersystem möglich macht. Die so genannte Offshore-Ökonomie ist zentraler Bestandteil des kapitalistischen Finanz- und Wirtschaftssystems. Dabei steht sie in erster Linie Eliten zur Verfügung. Sie schafft einen Rahmen, über den legal oder illegal Steuergesetze und Regulierungen umgangen werden können.

Das Verschleiern der wahren Täter_innen durch sogenannte Briefkastenfirmen, Trusts und Stiftungen macht es möglich, illegale Erträge aus Korruption, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung, Drogen-, Waffen- und Menschenhandel und kriminellen Aktivitäten aller Art zu waschen. Das gewaschene Geld verschwindet danach im normalen Geldkreislauf.

Attac fordert seit langem die Schließung der Steueroasen. Dabei ist Panama nur die Spitze eines riesigen Eisbergs. Weltweit haben 365 Banken, darunter Deutsche Bank, UBS, HSBC, Coutts & Co, Société Générale, insgesamt über 15.000 Briefkastenfirmen im Auftrag ihrer vermögenden Kund_innen gegründet. Banken machen sich zu Komplizen – von Täter_innen wie Oasenländern gleichermaßen.

Steuer- und Verdunklungssoasen gibt es auf der ganzen Welt: Bekannt sind die britischen Jungferninseln, die Bermudas, Irland, Niederlande, Luxemburg, Delaware in den USA, aber auch Deutschland. An die 3 Billionen Euro an Auslandsgeld lagert in deutschen Banken. Diese werden nicht gezwungen, die Herkunftsländer zu informieren. Mindestens 100 Milliarden Euro Schwarzgeld strömen jährlich nach Deutschland, nach Großbritannien sind es sogar 150 Milliarden.

Ein großer Teil dieses Geldes im sicheren Hafen Deutschland stammt von Diktatoren, korrupten Magnaten, Ölscheichs und kriminellen Organisationen. Das internationale Netzwerk für Steuergerechtigkeit, Tax Justice Network (TJN), errechnete 40 Billionen Dollar in Steueroasen, das ist ein Fünftel des gesamten Vermögens der Welt. Etwa ein Drittel davon kommt aus so genannten Entwicklungs- und

Die Panama Papers haben Schlagzeilen gemacht: Mit ihnen wurde der ungeheuerliche Umfang der Vertuschung deutlich, die das von Attac seit Jahren kritisierte Zweiklassensteuersystem möglich macht. Die so genannte Offshore-Ökonomie ist zentraler Bestandteil des kapitalistischen Finanz- und Wirtschaftssystems. Dabei steht sie in erster Linie Eliten zur Verfügung. Sie schafft einen Rahmen, über den legal oder illegal Steuergesetze und Regulierungen umgangen werden können.

Das Verschleiern der wahren Täter_innen durch sogenannte Briefkastenfirmen, Trusts und Stiftungen macht es möglich, illegale Erträge aus Korruption, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung, Drogen-, Waffen- und Menschenhandel und kriminellen Aktivitäten aller Art zu waschen. Das gewaschene Geld verschwindet danach im normalen Geldkreislauf.

Attac fordert seit langem die Schließung der Steueroasen. Dabei ist Panama nur die Spitze eines riesigen Eisbergs. Weltweit haben 365 Banken, darunter Deutsche Bank, UBS, HSBC, Coutts & Co, Société Générale, insgesamt über 15.000 Briefkastenfirmen im Auftrag ihrer vermögenden Kund_innen gegründet. Banken machen sich zu Komplizen – von Täter_innen wie Oasenländern gleichermaßen.

Steuer- und Verdunklungssoasen gibt es auf der ganzen Welt: Bekannt sind die britischen Jungferninseln, die Bermudas, Irland, Niederlande, Luxemburg, Delaware in den USA, aber auch Deutschland. An die 3 Billionen Euro an Auslandsgeld lagert in deutschen Banken. Diese werden nicht gezwungen, die Herkunftsländer zu informieren. Mindestens 100 Milliarden Euro Schwarzgeld strömen jährlich nach Deutschland, nach Großbritannien sind es sogar 150 Milliarden.

Ein großer Teil dieses Geldes im sicheren Hafen Deutschland stammt von Diktatoren, korrupten Magnaten, Ölscheichs und kriminellen Organisationen. Das internationale Netzwerk für Steuergerechtigkeit, Tax Justice Network (TJN), errechnete 40 Billionen Dollar in Steueroasen, das ist ein Fünftel des gesamten Vermögens der Welt. Etwa ein Drittel davon kommt aus so genannten Entwicklungs- und

Schwellenländern, die dadurch einen Verlust an Steuern erleiden, der weit höher ist als die gesamte Entwicklungshilfe. Das zeigt, wie paradox die Situation ist. So lange den Ländern die ihnen zustehenden Steuern geraubt werden, werden sie trotz so genannter Entwicklungshilfe immer ärmer werden.

Steuerflucht und Steuerhinterziehung tragen zur öffentlichen Armut bei. Würden diese Steuern bezahlt, hätte die öffentliche Hand genügend Mittel für Sanierung von Schulen, Kindergärten, für Bildung und Infrastruktur sowie für die Bekämpfung der Altersarmut.

Attac kritisiert diese Zustände seit vielen Jahren. Die Politik, die diese Zustände möglich gemacht hat, reagiert jetzt aufgeschreckt und mit starken Worten. Passiert ist wenig. Auch Finanzminister Schäubles groß angekündigter 10-Punkte-Plan gegen Steuerflucht enthält vor allem heiße Luft. Es ist allerhöchste Zeit, wirksame politische Taten folgen zu lassen! Das Zweiklassensteuersystem muss beendet werden, die Milliarden dürfen nicht weiterhin statt in öffentliche Kassen auf private Konten fließen!

Attac fordert u. a.:

- Ein öffentliches Unternehmensregister in Deutschland und Europa, das die natürlichen Personen benennt, die Eigentümer, Berechtigte und/oder Begünstigte einer Firma, einer Stiftung oder anderen juristischen Person sind.
- Pflicht zur länderspezifischen Berichterstattung aller Konzerne ab 40 Mio. Euro Umsatz: Für alle Staaten müssen Umsatz, Zahl der Beschäftigten, Investitionen, Gewinne und Steuernzahlungen veröffentlicht werden.
- Eine Gesamtkonzernbesteuerung (Unitary Taxation), bei der jeder Konzern alle Aktivitäten sämtlicher Töchter in allen Ländern offenlegen und als Einheit bewerten und besteuern lassen muss.

Mehr Informationen dazu unter www.attac.de/steuerflucht.

Schwellenländern, die dadurch einen Verlust an Steuern erleiden, der weit höher ist als die gesamte Entwicklungshilfe. Das zeigt, wie paradox die Situation ist. So lange den Ländern die ihnen zustehenden Steuern geraubt werden, werden sie trotz so genannter Entwicklungshilfe immer ärmer werden.

Steuerflucht und Steuerhinterziehung tragen zur öffentlichen Armut bei. Würden diese Steuern bezahlt, hätte die öffentliche Hand genügend Mittel für Sanierung von Schulen, Kindergärten, für Bildung und Infrastruktur sowie für die Bekämpfung der Altersarmut.

Attac kritisiert diese Zustände seit vielen Jahren. Die Politik, die diese Zustände möglich gemacht hat, reagiert jetzt aufgeschreckt und mit starken Worten. Passiert ist wenig. Auch Finanzminister Schäubles groß angekündigter 10-Punkte-Plan gegen Steuerflucht enthält vor allem heiße Luft. Es ist allerhöchste Zeit, wirksame politische Taten folgen zu lassen! Das Zweiklassensteuersystem muss beendet werden, die Milliarden dürfen nicht weiterhin statt in öffentliche Kassen auf private Konten fließen!

Attac fordert u. a.:

- Ein öffentliches Unternehmensregister in Deutschland und Europa, das die natürlichen Personen benennt, die Eigentümer, Berechtigte und/oder Begünstigte einer Firma, einer Stiftung oder anderen juristischen Person sind.
- Pflicht zur länderspezifischen Berichterstattung aller Konzerne ab 40 Mio. Euro Umsatz: Für alle Staaten müssen Umsatz, Zahl der Beschäftigten, Investitionen, Gewinne und Steuernzahlungen veröffentlicht werden.
- Eine Gesamtkonzernbesteuerung (Unitary Taxation), bei der jeder Konzern alle Aktivitäten sämtlicher Töchter in allen Ländern offenlegen und als Einheit bewerten und besteuern lassen muss.

Mehr Informationen dazu unter www.attac.de/steuerflucht.